

Herr Lorenz weist darauf hin, dass zur Konkretisierung des TOP 3 die Anträge der UWG sowie der CDU vorliegen, die als Tischvorlagen ausgegeben wurden.

Der Antrag der UWG-Fraktion wird durch Herrn Hoffmann vorgetragen und begründet. Nach Meinung der UWG-Fraktion kann eine zukunftsorientierte Ausrichtung nur eine Gesamtschule sein. Er weist jetzt schon darauf hin, dass er in der Ratssitzung zur Behandlung dieses Themas eine namentliche oder geheime Wahl beantragen wird.

Zu dem Antrag der UWG-Fraktion möchte Herr Weiss wissen, ob Antragsgegenstand ist, dass die Schule mit Beginn der neuen Schulform geschlossen werden soll. Hierzu erklärt Herr Hoffmann, dass ein Auslaufen der vorhandenen Schulform beabsichtigt sei.

Herr Bornewasser ist erfreut über diesen Antrag, weil auch er die Auffassung teilt, dass das THG aufgrund der Schülerzahlen nicht lange bestehen bleiben kann. Er bestärkt die Meinung, dass eine Gesamtschule für die Schüler/innen die beste Chance darstellt, sich entsprechend der eigenen Fähigkeiten positiv zu entwickeln.

Herr Rimroth teilt mit, dass die SPD-Fraktion dem UWG-Antrag nicht zustimmen wird, da eine Schließung zweier bestehender Schulformen (Realschule und Gymnasium) außer Frage steht.

Frau Strukmeier sieht auch die Gesamtschule als beste Lösung an, wird sich jedoch bei der folgenden Abstimmung enthalten, da sie die Notwendigkeit das THG zu schließen, nicht unterstützen kann. Zudem weist sie darauf hin, dass die AL-Fraktion zur Ratssitzung einen eigenen Antrag zu diesem Thema formulieren wird.

Herr Hoffmann hält es für riskant, zum jetzigen Zeitpunkt die Schullandschaft durch Einrichtung einer Sekundarschule aufzuwirbeln und zu einem späteren Zeitpunkt (in ca. 6 Jahren) noch einmal, falls nicht genügend Schüler/innen für das THG zur Verfügung stehen. Den CDU-Antrag hält er für eine kurzfristige Lösung. Die UWG-Fraktion favorisiert die langfristige Lösung, die die Auflösung des THG bereits zum jetzigen Zeitpunkt vorsieht.

Frau Pizzato bedauert die von der Landesregierung vorgegebene Richtung in Sachen Schulentwicklung, die insbesondere die kleinen Kommunen zwingt, die Schulvielfalt aufzugeben.

Frau Strukmeier macht deutlich, dass die Stadt durch Gründung einer Gesamtschule an Attraktivität gewinnt.

Der Antrag der CDU-Fraktion wird von Frau Greif vorgestellt. Sie führt aus, dass es sich bei der Sekundarschule um die neuere Schulform handelt, aber die gleichen Lerninhalte vermittelt werden wie in einer Gesamtschule. Der Unterschied liegt darin, dass die Sekundarschule über keine eigene Oberstufe verfügt. Diese Situation kommt dem THG zugute. Durch die Aufnahme der Hauptschüler an der Realschule wird z.Zt. das dortige Profil verändert. Die Gründung einer Sekundarschule hat bei der Beschulung der jetzigen Haupt- und Realschüler den Vorteil, dass in Sekundarschulen die Schüler-/ Lehrerrelation eine viel bessere ist. Gleichzeitig ist den Schüler/innen der 9-jährige Weg zum Abitur ermöglicht.

Frau Pizzato hinterfragt, warum es im letzten Anlauf dazu kommen konnte, dass der Versuch eine teilintegrierte Sekundarschule zu gründen, scheiterte.

Frau Butz kann diese Tatsache nicht bewerten, da nur Spekulationen zu einer entsprechenden Beurteilung führen würden.

Herr Rirmroth sieht die Sekundarschule auch als eine „Gesamtschule ohne Oberstufe“. Mit dieser Lösung würde man den Fortbestand des THG sichern, da durch eine Kooperation mit dem THG, eine Stärkung durch die Sekundarschule erfolgen wird. Schüler/innen haben die Möglichkeit in 8 Jahren ihr Abitur am THG zu absolvieren oder in 9 Jahren durch einen Wechsel von Sekundarschule zum THG.

Herr Hoffmann wird diesem Antrag nicht zustimmen, weil mit Wechsel zu den weiterführenden Schulen sich beide Schulformen gegenseitig die Schüler/innen wegnehmen. Als Folge sieht er zukünftig die Schließung einer der beiden Schulen.

Frau Strukmeier wiederholt die Frage zum damaligen Scheiterungsgrund der Sekundarschule. Sie vertritt die Auffassung, dass die Sekundarschule bei den damaligen Schulleitungen keinen Rückhalt erfahren hat und hofft im 2. Anlauf auf bessere Unterstützung von dort.

Frau Pizzato wird dem CDU-Antrag zustimmen, da die ursprüngliche gewünschte Erhaltung des 3-gliedrigen Schulsystems aufgrund der Landespolitik ausgeschlossen ist.

Herr Bornewasser bittet um Überlegungen, zur Erreichung der erforderlichen Anmeldezahlen.

Hierzu merkt Frau Greif an, dass beim 1. Versuch zur Gründung einer Sekundarschule diese Schulform für alle Beteiligten Neuland war. Für den 2. Versuch gilt es Aufklärungsarbeit zu leisten. Alle Schulleitungen, aber auch die kompletten Lehrerkollegien (insbesondere der Grundschulen) müssen bestens informiert werden, da sie in erster Linie die Ansprechpartner der Eltern darstellen.

Hierzu merkt Herr Lorenz an, dass insbesondere die Realschule überzeugt werden muss, Bereitschaft zur Errichtung der Sekundarschule zu signalisieren.

Herr Hoffmann bittet Frau Butz darzustellen, welche Schritte nach dem Ratsbeschluss einzuhalten sind, um eine Sekundarschule einzurichten.

Frau Butz erläutert das folgende einzuhaltende Verfahren:

1. Dokumentation einer anlassbezogenen Schulentwicklungsplanung
2. Grundsatzentscheidung des Rates für die Errichtung der Sekundarschule
3. Entwicklung des Konzeptes und Einigung mit den Kooperationspartnern zur gymnasialen Oberstufe
4. Elterninformation mit anschließender förmlicher Elternbefragung
5. Abstimmung mit Nachbarkommunen
6. ggfs. Beteiligung der Schulkonferenzen der aufzulösenden Schulen
7. Entscheidung der Gremien des Schulträgers über die Errichtung der Sekundarschule

8. Entscheidung der Gremien des Schulträgers über die sukzessive Auflösung der einfließenden Schulen
9. Anträge auf Genehmigung der Ratsbeschlüsse bei der Bezirksregierung
10. Entscheidung der Bezirksregierung
11. Bestellung einer kommissarischen Schulleitung durch die Bezirksregierung
12. Anmeldeverfahren für die neuen Schule

Herr Rimroth weist auf den Vorteil hin, dass man im Vergleich zum 1. Versuch viel mehr Zeit hat, die genannten Verfahrensschritte einzuhalten und diese Zeit nutzen sollte, um Eltern und Lehrer gut aufzuklären. Es gilt sämtliche Missverständnisse zwischen integrierter, teilintegrierter bzw. kooperativer Sekundarschule auszuräumen.

Herr Bornewasser setzt seine Hoffnung bei dieser Aufklärungsarbeit auf die großen Fraktionen, da diese viel mehr Personen erreichen.

Frau Bartholomäus sowie Herr Rimroth bitten jedoch ausdrücklich auch die kleineren Fraktionen um Unterstützung, da der 2. Anlauf nur funktionieren kann, wenn alle Fraktionen an einem Strang ziehen.